



VERBAND ANGESTELLTER APOTHEKER ÖSTERREICHS
B e r u f l i c h e I n t e r e s s e n v e r t r e t u n g

1091 Wien, Spitalgasse 31 / 3, Postfach 85

Tel. 01 / 404 14 – 400, 01 / 402 03 69, Fax: 01 / 404 14-414, e-mail:info@vaaoe.at

Bundesministerium
für Justiz
Museumstraße 7
A-1070 Wien

Wien, am 27. September 2007
ZI.304ema/sb
III-StellN.2007-SMG
Mag. Vlasek, DW 411

eMail: kzl.i@bmj.gv.at
und begutachtungen@bmj.gv.at

Bundesgesetz, mit dem das Suchtmittelgesetz (SMG), das Strafgesetzbuch, die Strafprozessordnung 1975, das Jugendgerichtsgesetz (JGG) und das Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz geändert werden (SMG-Novelle 2007)

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Verband Angestellter Apotheker Österreichs bedankt sich für die Möglichkeit, zum im Betreff genannten Gesetzesentwurf Stellung nehmen zu können.


Mit der vorgeschlagenen Änderung des Suchtmittelgesetzes ist sicher eine Anpassung an heutige Therapiestandards und eine praktikable Behandlung von straffällig gewordenen Drogenkranken möglich.


Die Möglichkeit, Cannabis zur Gewinnung von Arzneimitteln legal anzubauen, ist begrüßenswert, da diese Arzneimittel bei einer Reihe von Krankheiten als Co-Medikation sehr vielversprechende Erfolge zeigen.

Die Führung eines bundesweiten Substitutionsregisters über alle für die Therapie relevanten personenbezogenen Daten im Rahmen einer Substitutionsbehandlung und der geregelte Zugriff auf diese Daten für die in die Therapie von Drogenkranken involvierten Berufsgruppen ist begrüßenswert. Durch diese Maßnahme wird man in einigen Jahren zuverlässige Daten über die Effektivität der Substitutionsbehandlung erhalten können.

Der Grundsatz „Therapie statt Strafe“ ist eine gut eingeführte Maßnahme bei der Behandlung straffällig gewordener Drogenkranke. Wünschenswert wäre auch eine österreichweit gleiche Kostenübernahme der Therapie durch Sozialversicherungen oder eigene Fonds, ähnlich wie bei der Flüchtlingsbetreuung. Schließlich sollte die Möglichkeit einer einigermaßen gut funktionierenden Resozialisierung nicht an den Kosten scheitern.

Mit freundlichen Grüßen


Mag.pharm.Mag.iur. Albert Ullmer
Präsident


Mag.iur. Norbert Valecka
gf. Direktor